

# BREXIT NEWS

Aktuelle Informationen zum Austritt des  
Vereinigten Königreichs aus der Europäischen Union



Herausgegeben vom DIHK | Deutscher Industrie- und Handelskammertag e. V.

Breite Straße 29 | 10178 Berlin-Mitte | Telefon 030 20308-0 | Fax 030-20308-1000  
Redaktion: Mathias Dubbert | E-Mail: [dubbert.mathias@dihk.de](mailto:dubbert.mathias@dihk.de) | [www.dihk.de](http://www.dihk.de)

April 2017

Eine Mehrheit der britischen Wähler hat sich für den Austritt aus der EU entschieden. Angesichts der tiefgreifenden Auswirkungen für die deutsche Wirtschaft bündelt der DIHK für Sie mit einem monatlichen DIHK Brexit-Newsletter relevante Informationen.

<b>Thema des Monats</b> .....	<b>2</b>
Brexit: Tarifäre und nichttarifäre Handelshemmnisse.....	2
<b>Wichtige Entwicklungen</b> .....	<b>3</b>
EU-Staats- und Regierungschefs beraten über Brexit-Verhandlungen .....	3
May wünscht sich „deep and special relationship“ .....	3
Merkel warnt Briten vor Illusionen.....	3
Deutsche Bank erwägt Verlagerung tausender Jobs nach Frankfurt.....	3
DIHK-Präsident Eric Schweitzer zu steuerlichen Auswirkungen des Brexit.....	4
May kündigt Neuwahlen an .....	4
Merkel fordert Planungen über künftige EU-Budgets .....	4
EUROCHAMBRES positioniert sich.....	4
Reaktion des Bundestages auf Brexit-Kündigungs-Brief.....	5
Merkel trifft irischen Premierminister.....	5
EU-Parlament möchte Scheidungskosten beglichen haben.....	5
Gibraltar wird zum Streitpunkt.....	5
EU-Politiker für Beitritt Schottlands.....	6
Unsicherheit sorgt bei Ryanair für Investitionsrückgang.....	6
Finanzsektor bereitet sich auf Notfall-Szenario vor .....	6
<b>Hintergrundmaterial</b> .....	<b>7</b>
Briten fordern Rückgang der Migration .....	7
Flugzeugbauer unter Druck .....	7
Britische Häfen gegen Zollkontrollen .....	7
Mehrheit der deutschen Firmen für Arbeitgeberfreizügigkeit.....	8
<b>Ressourcen</b> .....	<b>8</b>

## Thema des Monats

### **Brexit: Tarifäre und nichttarifäre Handelshemmnisse**

Im Vorfeld des Brexit-Sondergipfels der 27 Staats- und Regierungschefs (ohne UK) in Brüssel hat die Europäische Union mehrfach klargestellt: Gespräche über ein Handelsabkommen zwischen dem Vereinigten Königreich und der EU wird es erst im Anschluss an die Austrittsverhandlungen geben. Die Möglichkeit eines „harten“ Austritts – und somit eines zumindest temporären Handels unter WTO-Regeln – im Anschluss an den Austritt kann somit nicht ausgeschlossen werden.

Gemäß den WTO-Regeln würden 90 Prozent des britischen Exports in die EU mit Zöllen belegt werden. Die Zusatzbelastungen für die britische Wirtschaft beliefen sich Berechnungen zufolge jährlich auf rund 12 Milliarden Euro. Die WTO-Zollsätze würden in gleicher Weise EU-Ausfuhren nach Großbritannien belasten. Neben dieser bilateralen muss auch eine trilaterale Dimension beachtet werden. Als Mitglied der EU profitiert Großbritannien zurzeit noch von zahlreichen Freihandelsabkommen (FHA). Sollte Großbritannien nach dem EU-Austritt ein wie auch immer ausgestaltetes Handelsabkommen mit der EU vereinbaren (EU-GB-FHA), könnten Zollpräferenzen (Nullzollsatz) im bilateralen Handel mit der EU gewahrt werden. Im Wirtschaftsaustausch mit den anderen Abkommenspartnern der EU würde Großbritannien jedoch die Vorzugskonditionen der EU-FHAs verlieren und müsste den präferenziellen Marktzugang mit 58 Staaten neu aushandeln.

Aber auch im Falle eines Freihandelsabkommens ohne tarifäre Handelshemmnisse entstehen den Unternehmen in jedem Fall höhere Kosten. Direkte Auswirkungen auf die finanzielle Liquidität vieler Unternehmen wird beispielsweise die erforderliche Bereitstellung von Sicherheitsleistungen haben. Diese dienen der Absicherung von Einfuhrabgaben im Rahmen der vorübergehenden Verwahrung und anderer besonderer Zollverfahren. Große Auswirkungen auf die finanziellen und administrativen Kapazitäten der Unternehmen sind außerdem aufgrund zusätzlicher Bürokratielasten zu erwarten. So müssen wieder förmliche Zollanmeldungen bei jeder Ein- und Ausfuhr abgegeben werden. Auch Ursprungsnachweise mit Angaben zur genauen Herkunft und Herstellung der Ware sind anzufertigen, wollen Unternehmen die vereinbarten Zollpräferenzen nutzen. Besonders groß werden die Herausforderungen für diejenigen Unternehmen sein, deren Außenhandelsaktivitäten sich im Rahmen des EU-Binnenmarktes bislang ausschließlich auf Großbritannien beschränken. Viele KMUs werden mit dem Brexit erstmalig mit Zollrecht und Zollformalitäten konfrontiert sein.

Eine weiterhin enge Zusammenarbeit auf beiden Seiten des Kanals ist aus Sicht der Wirtschaft wünschenswert. Sowohl EU-Ratspräsident Donald Tusk als auch Premierministerin Theresa May räumten bereits die Möglichkeit einer Übergangslösung ein, um die Zeit zwischen Austritt und Abschluss eines neuen bilateralen Handelsabkommens zu überbrücken. Das Europäische Parlament möchte eine solche Übergangsregelung nach dem Austritt 2019 auf maximal drei Jahre begrenzen. Ob in dieser Zeit ein solches Freihandelsabkommen verabschiedet werden kann, wird sich zeigen.

*Steffen Behm*

## Wichtige Entwicklungen

### **EU-Staats- und Regierungschefs beraten über Brexit-Verhandlungen**

Im Vorfeld des Sondergipfels der Staats- und Regierungschefs der EU (ohne UK) am 29. April in Brüssel hat die EU-Kommission einen [Vorschlag](#) für die Verhandlungsleitlinien für die voraussichtlich im Sommer startenden Brexit-Verhandlungen vorgelegt. Zunächst sollen die Bürgerrechte der EU-Ausländer sowie die Begleichung der finanziellen Verpflichtungen der Briten gegenüber der EU verhandelt werden. Zudem soll es zwar Verhandlungen über die künftigen Handelsbeziehungen geben, jedoch erst, nachdem der Ausstieg des Vereinigten Königreichs verhandelt wurde. Premierministerin May hat mehrfach betont, dass sie zeitgleich mit den Ausstiegsgesprächen auch über ein Freihandelsabkommen reden möchte. Die Verhandlungsleitlinien werden im Rahmen des Sondergipfels am Samstag festgelegt.

### **May wünscht sich „deep and special relationship“**

Am vergangenen Mittwoch haben sich EU-Kommissionspräsident Jean-Claude Juncker und der Brexit-Verhandlungsführer Michel Barnier mit Premierministerin Theresa May und Brexit-Minister David Davis in London über die Brexit-Verhandlungen ausgetauscht. Der [Independent](#) berichtet, dass es sich bei dem ersten Treffen von May und Juncker seit dem Eingang des Kündigungsschreibens Ende März um ein konstruktives Gespräch gehandelt habe, in dem May den Wunsch nach einer engen Beziehung zwischen dem Vereinigten Königreich und der EU auch nach dem Brexit geäußert habe.

### **Merkel warnt Briten vor Illusionen**

Im Rahmen einer [Regierungserklärung](#) am Donnerstag betonte Bundeskanzlerin Merkel, ein Abkommen über den Austritt könne die EU erst schließen, nachdem alle Austrittsfragen geklärt seien. Daher müsse das Vereinigte Königreich schnell darlegen, wie es sich die Beziehungen zur EU künftig vorstellt. Merkel nannte unter anderem offene Fragen über den Status der über 100.000 Deutschen in UK sowie über die Zukunft der deutschen Unternehmen.

### **Deutsche Bank erwägt Verlagerung tausender Jobs nach Frankfurt**

Laut einem [Bericht](#) des Handelsblatts könnte die Deutsche Bank wegen des Brexit tausende Arbeitsplätze vom Vereinigten Königreich nach Deutschland verlagern. Es gebe bis heute offene Fragen darüber, ob Mitarbeiter, die EU-Kunden bedienen, auch innerhalb der EU arbeiten müssten. Außerdem sei es nicht geklärt, ob Banken EU-Transaktionen diese auch innerhalb der EU verbuchen müssen. Die Deutsche Bank beschäftigt im Vereinigten Königreich rund 9.000 Mitarbeiter.

### **DIHK-Präsident Eric Schweitzer zu steuerlichen Auswirkungen des Brexit**

Das Bundesfinanzministerium warnt vor Steuerrisiken für die deutsche Wirtschaft nach dem EU-Ausstieg der Briten. Der genaue Schaden sei zwar noch ungewiss, dennoch dürfte der Brexit unmittelbare Auswirkungen auf das Umwandlungssteuerrecht sowie das Außensteuergesetz haben, soweit diese an bestimmte EU-Bezüge anknüpfen. Mehrbelastungen könnten bei der Erbschaft- und Schenkungsteuer für Familienunternehmen mit Beteiligungen im Vereinigten Königreich anfallen. Auch deutsche Unternehmen mit Tochtergesellschaften im Vereinigten Königreich müssten mit Steuernachzahlungen rechnen, wenn sie bspw. eine Maschine von ihrer deutschen in die britische Produktionsstätte abgegeben haben. DIHK-Präsident Eric Schweitzer fordert daher in einem [Interview](#) mit der Frankfurter Allgemeinen angemessene Übergangsregelungen, um die steuerlichen Belastungen für die Wirtschaft zu reduzieren.

### **May kündigt Neuwahlen an**

In der letzten Woche kündigte die britische Premierministerin Theresa May für den 8. Juni überraschend Neuwahlen an. In ihrer [Rede](#) warf sie der Opposition vor, ihren Plan für einen geregelten EU-Austritt zu sabotieren und die Verhandlungen mit Brüssel zu gefährden. Die gegnerische Labour-Partei hatte zuvor angekündigt, einem harten Deal mit der EU nicht zuzustimmen. Derzeit liegen Mays Konservative in Umfragen klar vorne.

### **Merkel fordert Planungen über künftige EU-Budgets**

Bundeskanzlerin Angela Merkel hat laut einem [Bloomberg-Bericht](#) gefordert, dass die Mitgliedstaaten der EU bereits jetzt mit den Planungen zur künftigen Ausgestaltung des EU-Haushalts beginnen sollten. Die EU-Mitgliedstaaten müssten gemeinsam für den Wegfall des britischen Beitrags zum EU-Budget ab 2019 aufkommen. Das Vereinigte Königreich gehört zu den größten Nettozahlern, was dazu führt, dass in etwa 10 Prozent im Budget der EU fehlen werden.

### **EUROCHAMBRES positioniert sich**

Der europäische Kammerdachverband EUROCHAMBRES hat im April eine [Positionierung](#) zum Brexit veröffentlicht. Der DIHK hat sich im Vorfeld aktiv bei der Brexit-Positionierung beteiligt, welche einen handelsorientierten Brexit bevorzugt, der möglichst wenig administrative und nichttarifäre Handelshemmnisse mit sich bringt. Eine Übergangsphase mit klaren Regeln, die den Unternehmen eine gewisse Planungssicherheit geben soll, wird ebenso thematisiert, wie die Sicherung der Rechte der EU-Bürger im Vereinigten Königreich. Zudem fordert EUROCHAMBRES, dass die Politik den engen Schulterschluss mit Wirtschaftsvertretern und Verbänden suchen soll, um die negativen Auswirkungen des Brexit für die europäischen Volkswirtschaften einzudämmen.



### **Reaktion des Bundestages auf Brexit-Kündigungs-Brief**

Der [Deutsche Bundestag](#) hat im direkten Anschluss an den Brexit-Antrag am 30. März über den Ausstieg des Vereinigten Königreiches aus der Europäischen Union debattiert. Dabei waren sich die Abgeordneten über die negativen Auswirkungen des Austritts für alle Seiten bewusst. Eine enge, freundschaftliche Zusammenarbeit sei daher für die Zukunft essentiell. Außenminister Sigmar Gabriel rechnet mit schwierigen Verhandlungen, machte jedoch auch deutlich, dass es keinen Briten-Rabatt geben werde.

### **Merkel trifft irischen Premierminister**

Bundeskanzlerin Angela Merkel betonte bei einem [Treffen](#) mit dem irischen Premierminister Enda Kenny in Berlin Anfang des Monats, dass Irlands Interessen in den Brexit-Verhandlungen nicht ungehört bleiben werden. Eine Sicherstellung des Friedens zwischen Nordirland und der Republik Irland hätte aus deutscher Sicht in den zukünftigen Austrittsverhandlungen Priorität. Die künftige EU-Außengrenze zwischen den beiden Staaten gilt als zentraler Verhandlungspunkt. Kenny forderte erneut sämtliche Parteien dazu auf, eine Rückkehr zu einer harten Grenze zu vermeiden.

### **EU-Parlament möchte Scheidungskosten beglichen haben**

Das Europäische Parlament fordert in einer [Entschließung](#) eine harte Verhandlungsposition der EU gegenüber den Briten. Finanzielle Zugeständnisse an das Vereinigte Königreich seien ausgeschlossen und sämtliche Verpflichtungen müssten beglichen werden. Darüber hinaus lehnte das Parlament eine parallele Verhandlung über Austritt und die zukünftige Beziehung ab, räumte jedoch Gespräche über zeitlich begrenzte Übergangsregelungen ein. Ohne eine Zustimmung des Parlaments kann ein Vertrag der EU mit dem Vereinigten Königreich über die Austrittsbedingungen nicht in Kraft treten.

### **Gibraltar wird zum Streitpunkt**

Der Entwurf der Leitlinien der Europäischen Union für die laufenden Brexit-Verhandlungen sieht vor, dass ein zukünftiges Abkommen nur unter Zustimmung Spaniens auf [Gibraltar](#) angewendet werden darf. Britische Politiker deuteten Anfang des Monats daraufhin an, für die Halbinsel notfalls auch militärisch aktiv werden zu wollen, sollten die Austrittsbedingungen zu hart gegenüber der Halbinsel werden. Premierministerin May verneinte jedoch ein solches Vorhaben. Ein Abkommen zum Austritt des Vereinigten Königreiches aus der EU muss ohnehin von allen EU-Staaten einstimmig beschlossen werden, bevor es in Kraft treten kann.

### **EU-Politiker für Beitritt Schottlands**

In einem offenen [Brief](#) plädierten 50 europäische Politiker für eine künftige EU-Mitgliedschaft Schottlands nach dem Brexit. Auch der spanische Außenminister Alfonso Dastis gab bekannt, eine schottischen Bewerbung um eine EU-Mitgliedschaft nicht blockieren zu wollen. Bisher galt Spanien als Hauptgegner eines schottischen EU-Beitritts aus Furcht vor verstärkten Unabhängigkeitsbestrebungen in Katalonien. Die Unterstützung dürfte die schottische Ministerpräsidentin Nicola Sturgeon freuen. Diese hatte als Reaktion auf Premierministerin Mays harten Brexit-Kurs erneut ein Unabhängigkeitsreferendum gefordert.

### **Unsicherheit sorgt bei Ryanair für Investitionsrückgang**

Die irische Fluggesellschaft [Ryanair](#) erwartet weniger Wachstum auf Grund der großen Unsicherheit über das Brexit-Verhandlungsergebnis. Klarheit über ein neues Abkommen zum Flugverkehr zwischen dem Vereinigten Königreich und der EU müsse schnellstmöglich geschaffen werden. Im Falle eines harten Brexit, müsste Ryanair künftig für innerbritische Flüge eine Lizenz beantragen, denn das Vereinigte Königreich würde den Zugang zum gemeinsamen europäischen Luftraum verlieren. Dadurch könnten zeitweise sogar sämtliche Verbindungen zwischen den EU27 und dem Vereinigten Königreich entfallen, sollte ein Abkommen nicht innerhalb der zweijährigen Verhandlungen von allen nationalen Parlamenten verabschiedet worden sein.

### **Finanzsektor bereitet sich auf Notfall-Szenario vor**

Der Chef der Bank of England Mark Carney forderte in einer [Rede](#) eine gegenseitige Anerkennung der Bankenregelungen zwischen dem Vereinigten Königreich und der EU. Eine Vereinbarung über die zukünftigen Beziehungen zwischen den Parteien müsse die Finanzdienstleistungen als entscheidenden Sektor miteinschließen. Außerdem sollten sich die Zentralbank und die Geschäftsbanken für das Notfall-Szenario eines harten Brexit wappnen. Dafür sollen nun alle international agierenden Finanzfirmen in dem Land bis Mitte des Jahres der Bank of England ihre Pläne vorlegen.

## Hintergrundmaterial

### **Briten fordern Rückgang der Migration**

Eine [Studie](#) der Greenberg Quinlan Rosner Research verdeutlicht die harte Einstellung konservativer Wähler im Vereinigten Königreich gegenüber der Immigration ins Land. Unter diesen wollen 55 Prozent einen Rückgang der Migration, selbst wenn Immigranten bereits vor Einreise eine Arbeit oder gesuchtes Fachwissen vorweisen können. 62 Prozent wollen einen Rückgang, auch wenn Immigranten mehrere Jahre nach Ankunft keine Sozialleistungen erhalten. Die steigende Migration galt als Hauptgrund der Brexit-Wähler beim Referendum letzten Jahres. Besonders britische Unternehmen hatten in der Vergangenheit immer wieder ihre Sorge verkündet, dass ein Rückgang der Migration zu einem verstärkten Fachkräftemangel führen würde. Premierministerin May verkündete den Austritt aus dem europäischen Binnenmarkt und kehrte somit auch der Personenfreizügigkeit den Rücken zu. May lenkte jedoch ein, dass diese im Fall einer Übergangsperiode nach dem Austritt weiterhin bestehen bleiben könnte.

### **Flugzeugbauer unter Druck**

Ohne ein Abkommen zwischen dem Vereinigten Königreich und der EU könnte die britische Luftfahrtindustrie unter Druck geraten und ihre Produktion in einen anderen EU-Mitgliedstaat verlagern, so [ein Bericht](#) von EEF und Santander. Die Branche ist im Vereinigten Königreich nach den USA die weltweit zweitgrößte und rund 31 Milliarden britische Pfund wert. Besonders Airbus und Boeing sind auf die Zulieferung britischer Flugzeugteile angewiesen und müssten bei der Einführung von Zöllen mit hohen zusätzlichen Kosten rechnen. Auch der Mangel an Fachkräften wie qualifizierten Ingenieuren könnte britische Produzenten vor neue Herausforderung stellen.

### **Britische Häfen gegen Zollkontrollen**

Die [britische Schifffahrtskammer](#) zeigt sich besorgt über die Auswirkungen eines harten Brexit auf europäische Häfen. Abgesehen von der finanziellen Belastung durch die Einführung von Zöllen, seien besonders Zollkontrollen ein Problem. Schon heute dauert die Überprüfung der erforderlichen Dokumente pro Fahrzeug für nicht-europäische Lastwagen bis zu 20 Minuten. Alleine auf den Hafen in Dover, den täglich bis zu 16 000 LKWs passieren, könnten so in Zukunft Staus von bis zu 30 Meilen zukommen.



### **Mehrheit der deutschen Firmen für Arbeitgeberfreizügigkeit**

Laut einer Studie von [Deloitte](#) sehen fast zwei Drittel der deutschen Firmen die Arbeitnehmerfreizügigkeit in der EU als Grundlage für den wirtschaftlichen Erfolg an. Daher sorgt der harte Brexit-Kurs von Premierministerin May für Verunsicherung. Rückschritte in der Personenfreizügigkeit könnte die Arbeit deutscher Unternehmen erheblich beeinträchtigen. Aus diesem Grund sehen Unternehmer im Falle einer Einschränkung nur zwei Optionen: entweder auf britische Arbeitskräfte zurückgreifen oder ihre Niederlassungen in dem Vereinigten Königreich zu schließen. Bislang haben laut der Studie jedoch erst 10 % der befragten Firmen konkrete Maßnahmen geplant.

### **Ressourcen**

Informationen direkt aus London erhalten Sie auch auf der Homepage der [Deutsch-Britischen AHK](#).

Weitere Informationen finden Sie beim [Bundesministerium für Wirtschaft und Energie](#):

Brexit-Hotline: 030-340 6065 61, E-Mail: [brexit@buergerservice.bund.de](mailto:brexit@buergerservice.bund.de)